

Im Motorenwerk des Sozialismus

Kevin Kühnert, der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten (Jusos), hat mit seinem Interview in der ZEIT (Nr. 19/19) eine seltsam antiquierte Debatte provoziert, deren Sterilität programmiert ist – vonseiten der Kritiker ebenso wie der Verteidiger dieser eher zahmen »Sozialismusthesen«. Alle Begriffe oder vielmehr Schlagworte, um die seither gestritten wird, hängen ziemlich schief im Rahmen.

Kühnert lässt sich auf die taaffe Behauptung ein: keine »Überwindung des Kapitalismus« ohne »eine Form der Kollektivierung« – natürlich auf demokratischem Wege. Diese Verwechslung von »Vergesellschaftung« mit »Kollektivierung« ist nun allerdings kein bloßes sprachliches Missgeschick: Eine Gesellschaft ist kein »Kollektiv«, fast im Gegenteil.

Aber ist BMW, um bei diesem Beispiel zu bleiben, ein bloßes »Privatunternehmen«, das idealtypisch von jemandem begründet worden wäre, »der die Idee hatte, die Kosten und das Risiko des Scheiterns getragen« hat und nun gerechterweise dafür »belohnt« werden müsse, wie die an Kühnert gerichtete Frage unterstellte? BMW ist Teil eines verzweigten Firmenimperiums, das großteils von der Familie Quandt kontrolliert wird, deren Ahnvater vor über hundert Jahren als Textilunternehmer mit Heereslieferungen im Ersten Weltkrieg reich wurde, in der Inflationszeit ins Automobil-, Batterie- und Rüstungsgeschäft einstieg, das Gros seines exorbitanten Vermögens im »Dritten Reich« und Zweiten Weltkrieg gemacht hat und es mit kleineren Einbußen über den katastrophalen Schiffbruch des »Großdeutschen Reiches« in neue Gefilde gerettet hat. Jetzt organisieren die Quandt-Erben als Hüter ihres monumentalen Vermögensstocks mithilfe von BlackRock, dem größten Hegdefonds dieser Welt, die Aufsichtsratsmehrheiten, die über Personalien und Strategien eines international operierenden Mischkonzerns mit dem idyllischen Namen »Bayerische Motorenwerke« wachen.

Werden unsere Lebensweisen von ein paar Hyper-Monopolisten ausgebrütet?

Wenn dabei die »Belohnung« der privaten Vermögenswerte den Rahmen vorgibt, dann ist das nicht mehr unter den treueren Gesichtspunkten einer »sozialen Gerechtigkeit« hier oder eines »freien Unternehmertums« dort zu diskutieren. Sondern es geht um einen strukturellen Konflikt mit dem Anspruch des Gemeinwesens, über seine entscheidenden Produktions- und Gestaltungsmittel verfügen zu können. Dieser gesellschaftliche Anspruch ist legitim, weil Entstehung, Funktionieren und Rentabilität eines solchen Industriekomplexes sich über alle Manager-Leistungen hinaus dem kooperativen Zusammenwirken von Zehn- oder Hunderttausenden Beschäftigten verdanken, und zwar im Rahmen öffentlich finanzierter Infrastrukturen, die zur Produktivität jedes Unternehmens entscheidend beitragen. Aber dieser Anspruch ist auch notwendig und zunehmend dringlich, weil die Automobilität in hochverdichteten Gesellschaften eine existenzielle Herausforderung darstellt, die in aller Leben tief eingreift. Unter dem schieren Druck der Verhältnisse wird der Ausstieg aus primär individuellen, immer absurder technisch hochgerüsteten Formen der Mobilität fast zwingend – zugunsten intelligenterer, preiswerterer, ökologisch verträglicherer, höher vergesellschafteter, beispielsweise kommunal organisierter Systeme.

Und wie mit der Automobilität verhält es sich in vielen zentralen Bereichen unseres Zusammenlebens. Wir leben, ob wir das wollen oder nicht, immer komplexer verdichtet und brauchen Lösungen, die auf der Höhe dieser Problemlagen sind. Die Frage ist letztlich »nur«, ob unsere zukünftigen Lebensweisen in den Tech-Labs einer Handvoll Weltkonzerne ausgebrütet werden, allen voran von den Hyper-Monopolisten im Silicon Valley, die die Kulturtechniken des Internets in gigantische Abschöpfsysteme verwandelt haben und uns im nächsten Schritt gern in die Wabenstrukturen ihrer »smarten« neuen Welten gebührend pflichtig einpassen möchten – oder ob wir als politisch und institutionell vielseitig gegliedertes Gemeinwesen die Souveränität über unsere Zukunft behaupten, ja überhaupt erst erobern können.

In Wirklichkeit haben sich viele, sogar die wichtigsten Lebensbereiche der Menschen und Gesellschaften einer vorwiegend privatwirtschaftlichen Organisation von Anfang an entzogen, wie das Bildungs- oder Gesundheitswesen, das Verkehrs- oder Rechtswesen, die Sozialversicherung oder das Militär. Die alarmistisch beschworene »Staatsquote« von 40 bis 50 Prozent und mehr zeigt den Grad der realen Vergesellschaftung genau an. Nimmt man alle Formen kommunaler oder anderer öffentlicher Versorgungssysteme hinzu, wäre vollends deutlich, dass eine »Privatwirtschaft« im hergebrachten Sinne außerhalb der reinen Waren- und Dienstleistungswelt vieles gar nicht leisten kann.

Wo aber versucht wird, genau in diesen Sektoren neue Goldminen für privatwirtschaftliche Gewinninteressen aufzuschließen, sind die Ergebnisse nicht nur schlechter oder zumindest fragwürdig, wie beispielsweise in renditeorientierten Privatkliniken oder Altenstiften. Sondern die Verwandlung von Patienten oder sonst wie existenziell auf Hilfe Angewiesenen in »Kunden« und »Klienten«, denen man profitable Serviceleistungen jeder Art verkauft, schafft Asymmetrien, Abhängigkeiten und Deformationen, die bis ins Innerste, Intimste der menschlichen Existenz hineinreichen. Dass Liebesbindungen, die Zeugung von Nachwuchs oder reiner Sex mit Zahlungsfähigkeit zu tun haben (können), mag die älteste Sache der Welt sein. Wenn daraus neue Mega-Industrien werden, ist das etwas völlig anderes. Ähnliches gilt für Kunst, Musik, Li-

Deutschland diskutiert plötzlich über Enteignungen und Volkseigentum. Hat der Juso-Chef Kevin Kühnert mit seinen Thesen einen Nerv getroffen? In jedem Fall haben er und seine Kritiker die Komplexität der Lage unterschätzt. Eine Analyse

VON GERD KOENEN



Der Philosoph Karl Marx in einem noch nicht volkseigenen BMW

teratur, Sport oder Wissenschaften – für alles, was die Essenz eines sozialen Lebens jenseits von Essen, Trinken, Kleidung und materiellen Gütern angeht.

Dabei müssen sich Betriebe, die teilweise oder ausschließlich in Staatsbesitz sind, keineswegs per se sozial verantwortlicher und innovativer verhalten als sogenannte Privatbetriebe. Auch in öffentlicher Hand befindliche Betriebe (wie Kühnerts hypothetische BMW-Genossenschaft) können zu Interessenkartellen degenerieren, vom Management über die Aufsichtsräte bis zu den Betriebsräten. VW ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel.

Fragen müssen sich allerdings auch die eifrigen Verfechter einer reinen Marktwirtschaft als »Leistungsgesellschaft« stellen. Denn wenn die Vorstände und CEOs der großen Kapitalbetriebe, gleich wie sie verfasst sind, nicht nur das x-Fache eines normal Beschäftigten, sondern auch das Mehrfache des Gehalts einer Bundeskanzlerin einstreichen, die immerhin Tag und Nacht für Wohl und Wehe eines ganzen Landes zu sorgen hat, dann sind alle sozialen Wertigkeiten und alle Begriffe von individueller »Leistung« schon außer Kraft gesetzt. Wenn sie darüber hinaus noch als Köpfe einer jeweiligen, größeren Führungskaste auf ihre abgestuften »Boni« schielen, dann wirkt das nicht nur korrumpierend und kann beachtliche kriminelle Energien freisetzen (von Abgas- bis Aktienkursmanipulationen). Vielmehr sind diese »Leistungsprämien«, was viel schlimmer ist, Systeme einer eingebauten Fehlsteuerung, die ganze Weltfirmen oder sogar Volkswirtschaften in den Abgrund reißen können.

Die Debatte

Wäre Sozialismus ein Schaden oder ein Segen für die Welt? In der Diskussion um das ZEIT-Interview mit **Kevin Kühnert** tauchen wieder alte, sehr grundsätzliche Fragen auf. Union und Liberale attackierten den Juso-Vorsitzenden, aber auch aus der SPD und von Betriebsräten kam heftige Kritik. Jetzt reagiert **Gerd Koenen** (Bild unten), 74, einer der besten Kenner der linken Ideenwelt. Er war



von 1973 bis 1982 Mitglied im maoistischen Kommunistischen Bund Westdeutschland, geschult in Theorie und Praxis revolutionärer Betriebsarbeit. Später veröffentlichte der Historiker Klassiker wie »Das rote Jahrzehnt« (2001) und »Vesper, Ensslin, Baader« (2003). Zuletzt erschien sein bahnbrechendes Werk »Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus« (2017).

Im Übrigen kann von »Marktwirtschaft« im idealtypischen Sinne dort, wo sich einzelne Monopolbetriebe die Landes- oder die Weltmärkte aufteilen, im Grunde keine Rede mehr sein, schon gar nicht als Gegenstück zu einer »Planwirtschaft«. Jenes eine Prozent der Betriebe, das in der Bundesrepublik zwei Drittel aller Umsätze erwirtschaftet, kann nicht nur seine Preise, Löhne, Betriebskosten und so weiter recht genau kalkulieren, das heißt »planen«. Sondern auch die »Märkte« selbst sind durch die relative oder absolute Monopolstellung dieser Betriebe (beispielsweise als Discounter oder Energieversorger) gut auszurechnen. Und da es sich nur noch zum kleineren Teil um die Ermittlung und Befriedigung akuter, täglicher Bedürfnisse handelt, schaffen sich die großen Unternehmen ihre »Märkte« selbst durch das Hineinpumpen

runge bis zur Auszehrung der ländlichen Gebiete, die seit zwei Jahrzehnten zu einem erneuten, massiven Zuzug in die großen Städte geführt haben.

Gerade in die sozialen Verfallszonen von gestern, wo gerade noch über Abrisse diskutiert wurde, sind Großinvestoren wie die »Deutsche Wohnen« in Berlin eingestiegen und können aus ihren über hunderttausend Wohnungen nun todsicher steigende Gewinne einfahren. Über eine Kommunalisierung (»Enteignung«) darf legitimerweise nachgedacht werden, wie eine Berliner Volksentscheid-Initiative es fordert, mit unsicher affirmativen Echos, die bis zu Robert Habeck reichen. Dass dieser Karren vor zwei Jahrzehnten in den Dreck gefahren worden ist, als viele der großen städtischen Wohnungsbaugenossenschaften wegen der Krise der Kommunalfinanzen verschertelt wurden, weiß inzwischen jeder. Wenn es auf diesem Gebiet aber eine vorrangig zu lösende Eigentumsfrage gibt, dann betrifft sie an erster Stelle – wie im Grundgesetz auch explizit angesprochen – den Grund und Boden, der nun einmal ein nicht vermehrbares, also immer knapperes Gut darstellt: unsere »Lebensgrundlage« im weitesten Sinne des Wortes.

Kühnert hat recht: Eine alte, der sozialen Emanzipation verschriebene Partei wie die SPD kann sich nicht immer gleich auf die Zunge beißen, wenn es um »große Fragen« geht, die über den Tellerrand ihres aktuellen Wahlprogramms hinausreichen. Aber der Schlüssel zur Lösung liegt nicht einfach auf dem Gebiet des »kapitalistischen Privateigentums«, dem mit einem fürsorgenden »Sozialismus« entgegengetreten werden müsste. Dieser Gegensatz der »Systeme« war schon in Zeiten des Kalten Kriegs ein leeres Etikettenspiel und ist es heute erst recht. Wir leben in vielfältig gemischten Gesellschaften, im Westen wie im Osten oder im Süden dieser Welt; und inzwischen kommt es zu hybriden Kombinationen, die es in ganz neuen Begriffen zu beschreiben und zu kritisieren gälte.

Wenn Kühnert zum »chinesischen Modell« mit Allgemeinverpflichtung und Sozialpunkten nur einfällt, dafür seien ihm individuelle Freiheiten zu wichtig, dann zeigt das eine systemische Beschränkung seines Gesichtsfeldes, die er mit vielen seiner linkssozialdemokratischen Referenzpersonen vom Schläge eines Jeremy Corbyn oder Bernie Sanders teilt – aber gleichzeitig auch mit vielen von denen, die eigentlich die Hauptobjekte ihrer Kapitalismuskritiken sind.

Die großen Fragen kreisen heute um gegensätzliche Zivilisationsentwürfe

In China werden die Karten des alten Systemdenkens längst völlig neu gemischt. Eine groß angelegte staatliche Entwicklungsplanung und ein vielstufiges, zentral kontrolliertes Bankwesen kombinieren sich hier mit einem robusten und höchst erfolgreichen Agieren privater oder öffentlicher Riesenfirmen auf den kapitalistischen Weltmärkten. Sie alle müssen sich bedingungslos auf ein »Gemeinwohl« verpflichten, das ein für alle Mal durch den chinesischen Parteistaat repräsentiert wird. Nutzungsrechte an Grund und Boden und Eigentumsrechte an Haus oder Wohnung können jederzeit zugunsten der gigantischen Infrastrukturprojekte oder Megacitys übergangen werden, ohne lästige Einspruchsrechte. Individuelle Freiheiten im Lebensstil und in der Karriereplanung kombinieren sich scheinbar zwanglos mit einer neototalitären Sozial- und Gesinnungskontrolle – alles unter dem kategorischen Imperativ von ökonomischem Wachstum und politischer Sicherheit.

Und siehe da: Dieses »Modell«, das von einer allein herrschenden, niemandem Rechenschaft schuldigen kommunistischen Partei entwickelt wurde und das einer liberalen, demokratischen, sozialen Marktwirtschaft diametral entgegengesetzt ist, trifft auf Bewunderung – sowohl bei denjenigen, die das Hohelied der Entwicklungsdynamiken und Selbstheilungskräfte des reinen Kapitalismus singen, wie bei denen, die unverdrossen sozialistischen Vorstellungen nachhängen. Von den Managern westlicher Firmen, die sich auf diesem Zukunftsmarkt neugierig tummeln, gar nicht zu reden.

Wenn man von »großen Fragen« spricht, dann geht es längst nicht mehr um »Sozialismus« und »Kapitalismus«, um »Marktwirtschaft« oder »Kollektivierung«, wie Kühnert ebenso wie seine empörten Kritiker suggerieren (und ich selbst in einem früheren Leben auch einmal geglaubt habe). Sondern es geht um gegensätzliche Zivilisationsentwürfe, die mit den Kriterien einer bloßen ökonomischen Effizienz nicht zu bemessen sind und nicht einmal mit denen eines wachsenden Wohlstands. Wir haben in Wirklichkeit als Gesellschaft längst alles, was wir materiell brauchen, und mehr als das. Die eigentliche »soziale Frage« von heute kreist daher längst um das, was wir mit den überreich vorhandenen menschlichen Wünschen, Bestrebungen, Fähigkeiten, Intelligenzen anfangen – und wie wir durch sie unsere natürlichen Lebensgrundlagen und unsere Sensorien dafür erhalten.

Wie der SPD-Finanzminister Olaf Scholz und deutsche Unternehmer über die Enteignungsdebatte denken, lesen Sie in der **Wirtschaft**, S. 30 und 31